Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kuhn & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank. Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. E.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 und 12 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.50 RM., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 RM. Familienanzeigen, Stellen- und Wohnungsgesuche 4 Pfg. Rabatt. Für Briefnachsendung 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

33 | Dresden, Montag, den 9. Februar 1931 | 42. Jahrgang

Kampf um die Demokratie

Obstruktion von Hakenkreuz und KPD. gebrochen

Der Reichstag lehnte am Sonnabend gemeinsam die Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten und der Kommunisten gegen die Reichsregierung mit 293 gegen 221 Stimmen bei 13 Enthaltungen ab. Der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Reichstags wurde mit 308 gegen 207 Stimmen abgelehnt.

[illegible] wird uns geschrieben:

[illegible] Ankündigungen der National- [illegible] Sonnabendsitzung des Reichstages recht [illegible] unternahm zunächst einen Vorstoß [illegible] von der Tagesordnung, der die [illegible] übertretenen Anträge auf [illegible] Immunität in das Plenum zurückzuverweisen, [illegible] Plenarentscheidung ohne Aussprache. Präsident Löbe empfahl dem [illegible] Zurückstellung zuzustimmen. Das [illegible] es gleichgültig ist, ob die Entscheidung der Immunität sofort oder [illegible] Mit war der Luftstoß der verbündeten Radikalen: Frick, Hugenberg, Thälmann.

[illegible] Aussprache über den Etat der [illegible] der Abgeordnete der Jungdeutschen, [illegible] den Nationalsozialisten zusammen. Er [illegible] der Aufhebung der Immunität. Die parlamentarische [illegible] eingeführt worden als Schutz gegen [illegible] Fürsten, die das Parlament und die [illegible] Strafprozesse lahmlegen wollten. Jetzt [illegible] Immunität von zahlreichen Abgeordneten

gegen die eigenen Volksgenossen.

[illegible] Volkes müsse die Immunität eingeschränkt [illegible] vor Gericht zur Verantwortung [illegible]

[illegible] Fraktionsredner Lucke und der Landvolkler [illegible] bewiesen in Ausführungen über den [illegible] einmal, daß zahlreiche Leute über den [illegible] ohne die Spur einer Ahnung von materiellen [illegible] haben. Der deutschnationale Fraktionsredner hielt eine kurze, aber überwitzte [illegible] den Reichskanzler. Er wehrte sich dagegen, eine neue Inflation wolle, wie der [illegible] behe. Oberlehrens Fragen, die er dem [illegible] vorwarfen, da der Reichskanzler es nicht [illegible] und die nächste deutschnationale Rede, [illegible] Abgeordneten Dr. Steiner, anzuhören. [illegible] an Kraftworten gegen den Reichskanzler [illegible] Die Linke beobachtete mit Behagen, wie die [illegible] und Rechts sich vertilgt.

[illegible] Abgeordneten der Deutschnationalen und [illegible] kam es zu Auftritten, die nahe an [illegible] grenzten. Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. [illegible] mit dem Deutschnationalen Abgeordneten Dr. Quaatz zur: „Das wagen Sie nur zu sagen, weil Sie wissen, daß man Sie hier nicht züchtigen kann!" Präsident Löbe mußte wiederholt seine ganze präsidiale Autorität aufwenden, um die Abgeordneten in den Sektoren der bürgerlichen Fraktionen zu beruhigen.

Als das Mißtrauensvotum gegen die Regierung abgelehnt war, beantragte Abg. Esser (Zentr.) zu dem weiter vorliegenden Mißtrauensantrag gegen den Reichsminister Treviranus Uebergang zur Tagesordnung. Dieser Antrag wurde mit 318 gegen 207 Stimmen angenommen. Die Nazis kreischten, aber von den großspurig angekündigten Kriegstänzen war jedoch immer noch nichts zu verspüren. Bald zeigte sich, daß ihnen überhaupt jede Fähigkeit zur Entwicklung einer parlamentarischen Obstruktion fehlte. Zunächst verlangte der Nationalsozialist Stöhr die Unterbrechung der Sitzung, damit der Aeltestenrat sich darüber schlüssig werde, ob wirklich schon am Montag die außenpolitische Debatte auf die Tagesordnung kommen solle, wie es einige Blätter angekündigt hatten. Der Aeltestenrat habe diese Aussprache für Dienstag in Aussicht genommen. Löbe beruhigt seinen Präsidialkollegen väterlich mit dem Hinweis, daß es selbstverständlich bei dem Beschluß des Aeltestenrats bleibe und daher eine neue Sitzung des Aeltestenrats nicht notwendig sei. Unter großem, allgemeinen Gelächter des Hauses zog sich Herr Stöhr auf seinen Platz zurück. Nun enthüllte sich die weitere Obstruktionsabsicht der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen: sie beantragten bei

Jedem Haushaltstitel namentliche Abstimmung.

Da der gesamte Reichshaushalt viele tausend Titel und Kapitel hat und jede namentliche Abstimmung etwa 20 Minuten in Anspruch nimmt, kann man sich leicht ausrechnen, daß allein die namentlichen Abstimmungen für den Haushalt Monate in Anspruch nehmen würden. Einige Male ließ sich die Mehrheit dieses Manöver gefallen. Dann stieg der Zentrumsabgeordnete und Vizepräsident Esser auf die Tribüne. Rechts und links wurde er mit vielen Rufen: „Schieber!" „Schiebung!" empfangen. Er sagte: Da die Opposition alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anwendet, um die parlamentarische Verabschiedung des Reichshaushalts zu verhindern, wird die zur positiven Arbeit gewillte Mehrheit auch zu allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln greifen. Esser beantragte daher, gemäß § 42 der Geschäftsordnung über alle Titel der vorliegenden Haushalte des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten gemeinsam abzustimmen. Ferner beantragte er Uebergang zur Tagesordnung über alle zu diesen Haushalten gestellten Abänderungsanträge. Der Uebergang zur Tagesordnung wird mit 301 gegen 280 Stimmen beschlossen. Während der Auszählung kam es zu stürmischen Auftritten zwischen Nationalsozialisten und Zentrumsabgeordneten sowie Bayerischen Volksparteilern. Der Prälat Leicht wurde zur Ordnung gerufen, weil er einem Nationalsozialisten bajuvarisch zugerufen hat: „Halten Sie's Maul!" Die nationalsozialistischen Treffigkeiten erschüttern also sogar die Nervenruhe von Prälaten.

(Schluß des Stimmungsbildes siehe folgende Seite.)

Abwehr der Flut

Die Reichstagssitzung am Sonnabend brachte der aus Rechts- und Extremradikalen bunt gemischten Opposition eine Niederlage nach der anderen. Abgelehnt wurde ihr Mißtrauensvotum gegen die Regierung, abgelehnt ihr Antrag auf Reichstagsauflösung, vereitelt der Versuch, durch allerhand Obstruktionsmethoden die Erledigung des Etats zu verschleppen. Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre nach den Reichstagswahlen eingeschlagene Politik fortgesetzt, sie hat wiederum die Regierung Brüning gestützt, und so sehr sie sich stets für die Rechte der Minderheiten einsetzte, so muß sie doch jetzt dabei helfen, zu verhindern, daß von den Feinden der Demokratie und des Parlamentarismus diese Rechte mißbraucht werden, um die Demokratie überhaupt unmöglich zu machen.

Die Gründe, die die sozialdemokratische Fraktion bewogen haben, die Regierung Brüning zu stützen und zu dulden, wurden hier schon wiederholt dargelegt. Wir haben Brüning vor den Wahlen heftig bekämpft, und wenn der Kanzler uns auch in der zweiten Notverordnung sehr gewichtige Zugeständnisse machte, so bleibt doch Schlimmes genug übrig. Aber es wäre überhaupt keine Politik, wenn man nur an das dächte, was uns an dem heutigen Zustand nicht gefällt, sondern es heißt immer daran denken, was werden soll. Was kommt, wenn die Regierung Brüning fällt, ist unübersehbar. Selbst eine Nazibürgerblockregierung im Reiche, die auf dem Boden der Verfassung bleibt, könnte großes Unheil anrichten. Einem Nazibürgerblock im Reiche würde über kurz oder lang auch eine Nazibürgerblockregierung in Preußen und in anderen Einzelstaaten folgen. Dann würde in dem größten Teil von Deutschland nach den Methoden der Frick und Frenzen gewirtschaftet. Was so an Schaden angerichtet wird, könnten wir möglicherweise, wenn wir wieder zu größerem Einfluß gelangen, auch bei jahrelanger Aufbauarbeit kaum wieder gutmachen. Dazu käme die Gefahr einer weiteren Verschärfung unserer Beziehungen zu den Gläubigerländern, was wieder die Aussichten auf eine Erholung unserer Wirtschaft auf ein Mindestmaß zusammenschrumpfen ließe. Aber das sind ja nicht die einzigen Gefahren. Die Hitler-Leute versichern zwar bis zum Ueberdruß, daß sie legal, daß sie auf gesetzlichem Boden bleiben wollen. Die Trauben sind ihnen zu sauer. Sie können jetzt nicht daran denken, etwa den mussolinischen Marsch nach Rom nachzuahmen und ihre Braunhemden auch nach Berlin marschieren zu lassen. Wenn sie aber einmal die staatlichen Machtmittel in der Hand hätten, so wäre es sehr fraglich, ob sie wieder legal aus der Regierung hinauszubringen wären, ob das deutsche Volk zunächst überhaupt noch einmal Gelegenheit hätte, mit dem Stimmzettel ein Urteil über das Hakenkreuz zu fällen.

•

Die Sehnsucht im Lager der bürgerlichen Parteien nach einer Einheitsfront mit den Nazis hat sich in der letzten Zeit zweifellos abgekühlt, die Mannen des Herrn Goebbels haben sich im Reichstag ähnlich wie die Mülinger-Leute im Sächsischen Landtag, so aufgeführt, daß besonders manchen Leuten in der Deutschen Volkspartei, deren Ziel ein Nazibürgerblock war, die Lust dafür etwas vergangen sein dürfte. Das Bedürfnis eines Teiles der bürgerlichen Mittelparteien nach der Einheitsfront mit dem Hakenkreuz kommt sicher nicht daher, daß man dort den Hitler und seine Mannen allzusehr liebt, im Gegenteil, man hat Angst vor ihnen, man will ihre Konkurrenz ungefährlich machen, indem man sie in die Regierung hineinbefördert. Außerdem freilich erwartet man, daß die Nazis recht gute Dienste leisten, wenn es gilt, der Arbeiterschaft Rechte zu rauben und den

Brüning kürzt Wehretat?

D. Berlin, 9. Februar. (Eig. Funkspruch.) Ein Berliner Montagsblatt veröffentlicht eine Zuschrift aus Zentrumskreisen, in der es auf Grund von vertraulichen Erklärungen des Reichskanzlers vor der Zentrumsfraktion des Reichstags heißt, daß Dr. Brüning bereit sei, der Sozialdemokratie hinsichtlich ihrer Forderung, gewisse Abstriche am Reichswehretat vorzunehmen, entgegenzukommen. Er hoffe, sie auf diesem Wege für die von der Deutschen Volkspartei gewünschte unverbindliche Ermächtigung des Reichstags an die Regierung, weitere Abstriche am Etat machen zu können, zu gewinnen.

Mobilmachung der Braunen

Der Hakenkreuzmilitarismus organisiert den Bürgerkrieg

Chemnitz, 7. Februar. (Eig. Drahtb.) [illegible] einer Chemnitzer Druckerei ist folgendes nationalsozialistisches Plakat fertiggestellt worden:

„Mobilmachung! Schwere Entscheidungen stehen bevor. Täglich fließt in allen Gauen Deutschlands Blut. [illegible] Wehrsportorganisationen des Reichsbanners wollen [illegible] d. M. ihre Mobilmachung beendet haben. Jeden [illegible] von blutigen Ueberfällen der Kommunisten [illegible] Horst Wessel-Gardisten auf Nationalsozialisten. Freitag, [illegible] Als erster Mobilmachungstag gilt [illegible] 1. Februar. Jetzt müssen alle um die Zukunft [illegible] besorgten Deutschen zusammenstehen! Es [illegible] die Freiheit unseres geliebten Vaterlandes. [illegible] wir alle deutschen Männer und Jünglinge [illegible] sofort antreten zum SA.-Dienst! Sofort [illegible] einkleiden! Jahresklassen 1913 bis [illegible] der Jugend, 1896 bis 1913 SA., alle vor 1896 Geburt SA.-Reserve. Hauptmeldestelle: Geschäftsstelle [illegible] Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Chemnitz, Am Theaterplatz 4, 2."

Dieser Alarm wird wahrscheinlich am Montag in Chemnitz und Umgegend verbreitet werden, es sei denn, daß sich die Polizei entschlösse, einzugreifen.

Hier wird die Bürgerkriegsrüstung so offen betrieben, daß an der Gemeingefährlichkeit dieses militärischen Treibens kein Zweifel mehr möglich ist. Die heuchlerische Begründung, das Reichsbanner tue das gleiche, ist ein abgefeimter Trick. Das Reichsbanner macht sich nur tauglich, die Ueberfälle durch die Nationalsozialisten abwehren zu können. Die Nationalsozialisten sind aber eine Angriffstruppe, die nicht die Republik und die Verfassung schützen, sondern sie überrennen und zerstören wollen. Dabei drohen sie nicht nur mit Rache, Gewalt und Terrorellen, sondern begehen planmäßig und täglich Ueberfälle und Verbrechen gegen Republikaner und Sozialdemokraten und Kommunisten. Nun erweitern sie diese verwilderte Blutarbeit zur regelrechten militärischen Bürgerkriegsführerei. Soll ihre Mobilisierung weiter so einfach hingenommen werden?

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310209/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG